



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Tübingen, Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

72072 TÜBINGEN
Aixer Straße 66
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Tübingen, den 15. Juli 2005

Es geht also doch!

Grüne: Entwurf des Luftreinhalteplans ist Schritt in richtige Richtung

Die grünen Umwelt- und Verkehrspolitiker Winfried Hermann und Boris Palmer sehen in dem heute vorgelegten Entwurf eines Luftreinhalteplans für Reutlingen und Tübingen einen Erkenntnisfortschritt der Landesregierung und des Regierungspräsidiums. Hermann sagte, der Entwurf sei „ein kleiner Schritt für die Reinigung der Luft, aber ein großer Schritt für die konservative Landesregierung.“ Palmer sieht einen Zusammenhang mit dem Stuttgarter Feinstauburteil: „Offensichtlich hat die Verurteilung wegen Untätigkeit durch das Verwaltungsgericht Stuttgart den Landesbehörden Beine gemacht“, urteilt Palmer.

Für Palmer enthält der Luftreinhalteplan einige positive Überraschungen: „Noch im Sommer 2003 hat die Landesregierung meine Forderung nach Tempo 40 in Unterjesingen und einer Verlagerung des LKW-Verkehrs aus dem Ammertal auf die B 464 abgelehnt. Zwischenzeitlich hat man dazu gelernt und die Maßnahmen in den Aktionsplan aufgenommen. Wenn die Landesregierung nicht reflexhaft Vorschläge aus der Opposition verwerfen würde, könnte das alles schon Realität sein.“ Auch die Einrichtung einer Umweltzone in der Tübinger Innenstadt mit Fahrverboten für Fahrzeuge mit schlechten Emissionswerten entspricht Palmers häufig wiederholten Forderungen.

Die Fraktion AL/Grüne sieht sich in ihrem Drängen auf schnell wirksame Maßnahmen im Bereich der städtischen Fahrzeugflotte bestätigt. „Die von uns beantragte Ausrüstung aller TüBusse mit Partikelfiltern verschafft Tübingen eine bundesweite Spitzenstellung und drückt den Rußwert in der Mühlstraße drastisch nach unten“, sagte Stadtrat Ulrich Narr.

Kritisch sehen die grünen Abgeordneten allerdings die späte Wirkung der Fahrverbote für alte Stinker. „Die Übergangsfrist bis zur Scharfstellung des Grenzwerts für Stickoxide lässt das Regierungspräsidium wie schon beim Feinstaub weitgehend ungenutzt verstreichen. Die Fahrverbote für alte Stinker erst 2010 und 2012 greifen zu spät, der Grenzwert kann so nicht eingehalten werden“, sagte Hermann.